

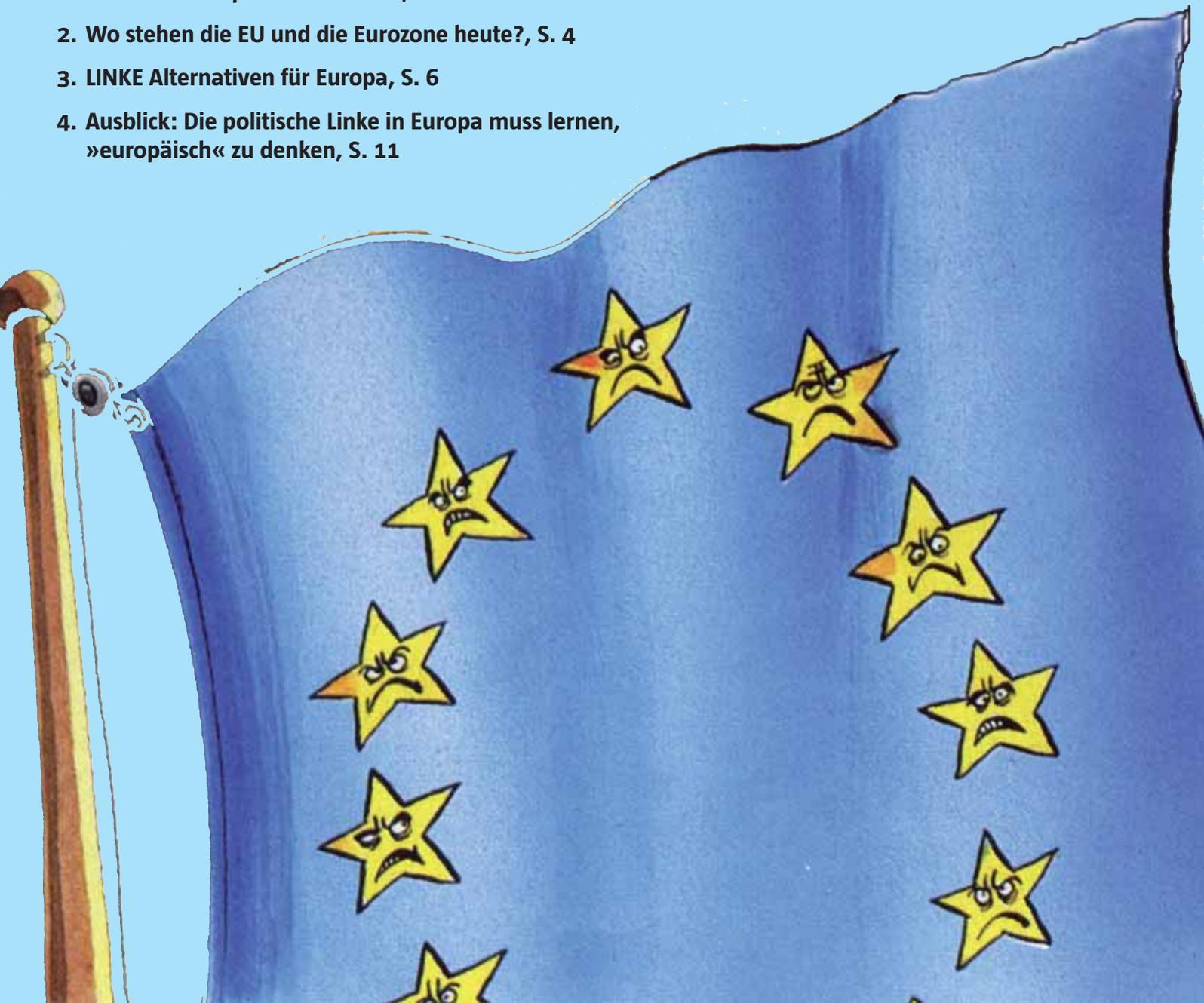
Sozialismus **extra**

www.Sozialismus.de

Axel Troost

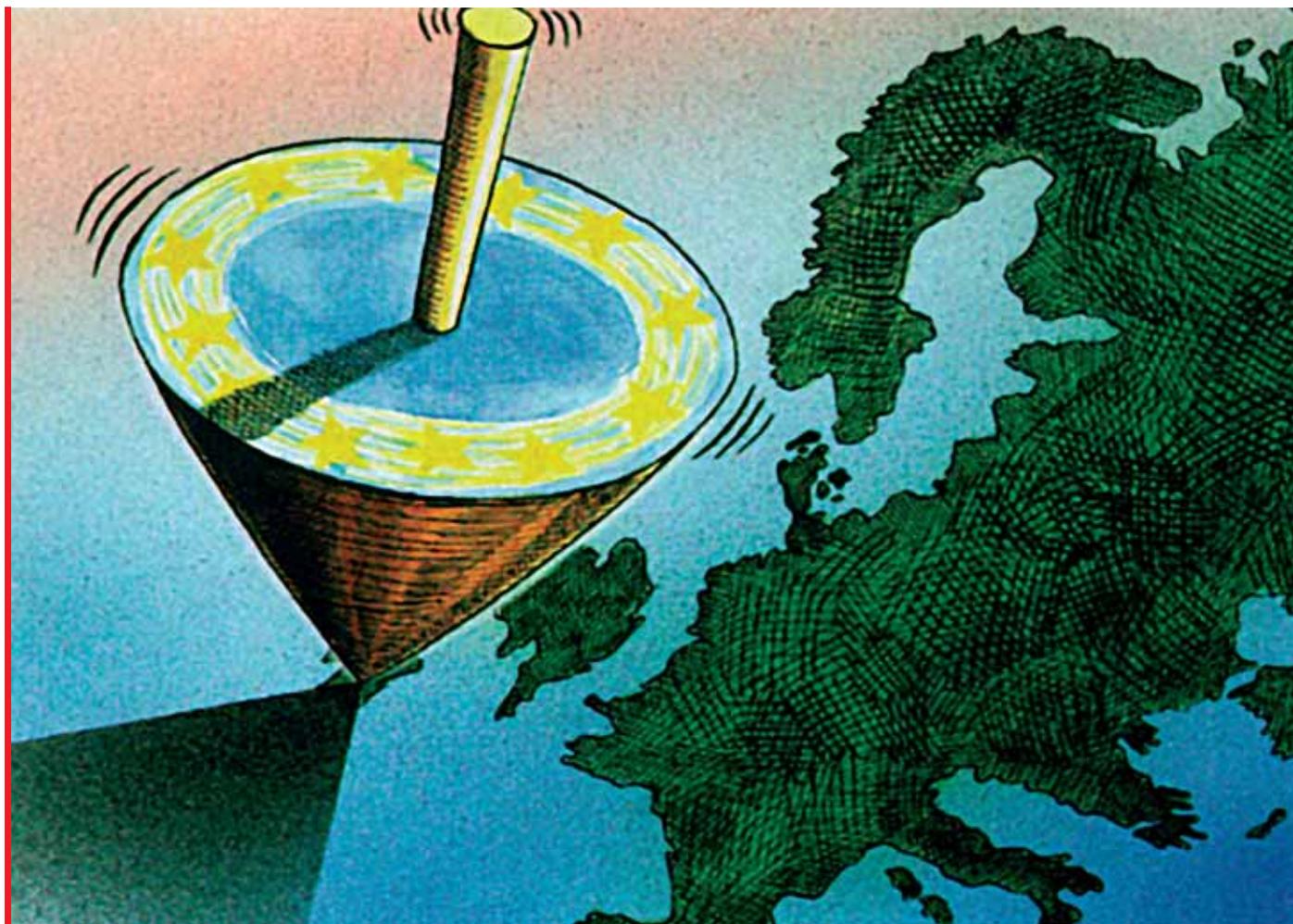
Für ein Europa mit Zukunft

1. Streit um Europa in der LINKEN, S. 2
2. Wo stehen die EU und die Eurozone heute?, S. 4
3. LINKE Alternativen für Europa, S. 6
4. Ausblick: Die politische Linke in Europa muss lernen, »europäisch« zu denken, S. 11



Für ein Europa mit Zukunft

von | Axel Troost



Am aktuellen Zustand der Europäischen Union gibt es reichlich Kritik. Auch in der gesellschaftlichen Linken und der Partei DIE LINKE wird über das Verhältnis zu EU und Euro gestritten. Kritik an der EU ist in vielerlei Hinsicht unverzichtbar und dringend nötig. Leider ist es zu einem beliebten Mittel der vorherrschenden Medien geworden, Kritik an der EU pauschal als anti-europäisch abzustempeln. EU-Kritik ist keineswegs prinzipiell anti-europäisch – aber genauso wenig ist eine möglichst scharfe EU-Kritik der Ausweis wahrer Europafreundlichkeit.

1. Streit um Europa in der LINKEN

Im Kern geht es um die Frage: Ginge es Europa ohne die Europäische Union besser, weil diese eine ohnehin schon häufig neoliberale Politikausrichtung noch weiter zuspitzt,

oder ist die Europäische Union eher nur die Erscheinungsebene, in der sich die neoliberale Politikausrichtung der Nationalstaaten widerspiegelt?

Ich unterstütze in dieser Kontroverse die Position des Spitzenkandidaten der europäischen Linkspartei Alexis Tsipras: »Wir wollen die Eurozone verändern. Und hier stellen sich drei Aufgaben. Erstens müssen wir andere Ideen entwickeln. Zweitens müssen wir eine entsprechend veränderte Krisenpolitik betreiben. Und drittens müssen wir zwangsläufig die Institutionen, ja die ganze Grundlage der EU verändern. Das heutige Europa – der Gemeinsame Markt und die Europäische Union – wurde auf dem Fundament bestimmter Prinzipien errichtet: kein Krieg mehr in Europa; universale Menschenrechte; und ein Gesellschaftsvertrag, der auf mehreren Säulen ruht: soziale Inklusion und Absicherung, ein öffentliches Bil-

dungs- und Gesundheitswesen und eine allgemeine Sozialfürsorge, schließlich die schrittweise Annäherung des Lebensstandards der ärmeren Regionen an das Niveau der erfolgreichsten Länder. ... Gerade in der jetzigen Krise bestehen wir für Europa auf der Rückkehr zu diesen traditionellen Werten.«¹

Dies ist ein klares Bekenntnis dazu, die EU – und insbesondere die europäische Währungsunion – auf die genannten normativen Ursprünge zurückzuführen, und die Union in diesem Sinne beeinflussen zu wollen. Dieses Verständnis von EU (im Folgenden verkürzt als »EU-Kritik« etikettiert) steht mit dem Alternativentwurf zum Europa-Wahlprogramm, welches beim Europa-Parteitag in Hamburg zur Abstimmung steht, in einem klaren Widerspruch. Formulierungen wie »Einst versprach die EU: mehr internationale Solidarität. Heraus gekommen sind: mehr faschistische Parteien, rechtspopulistische Volksverdummer und mehr Menschenjagd in und an den Grenzen der EU« stellen die EU als einen eigenständigen und einheitlichen Akteur dar, dem die Hauptverantwortung für einen Rechtsruck in Europa zukommt (diese Position sei – ebenso verkürzt – als »EU-Skepsis« bezeichnet).

Die EU ist aber eben kein abgehobener eigenständiger Akteur, sondern vor allem die Summe bzw. der Saldo seiner Einzelteile. Erstens die sehr unterschiedlich starken Mitgliedsstaaten, deren Regierungsplenum als Europäischer Rat die wesentlichen Entscheidungen trifft, zweitens ein Europäisches Parlament mit viel zu wenig Rechten und drittens eine Europäische Kommission, die sich im Spannungsfeld zwischen Rat, Parlament, starken Lobbies und bürokratischer Eigendynamik bewegt.

Eine Kritik der EU, die sich an ihr als scheinbar nach einheitlichen Regeln agierender Bürokratie abarbeitet, verkennt diese Gemengelage. Zwar ist die These, dass Europa aus der bürokratischen Umklammerung befreit werden müsse, nicht falsch. Sie greift aber viel zu kurz. Es kommt auf eine viel gründlichere Unterscheidung von Form und Inhalt an: Die praktische Politik der EU in ihrer heutigen Ausprägung ist durch eine neoliberale Ideologie geprägt und viel von dieser Prägung hat seit den 1990er Jahren Eingang in die Europäischen Verträge gefunden. Die EU ist gleichwohl nicht per se ein liberales Projekt.

Der Grund für die in vielerlei Hinsicht falsche Politik der EU sind der Europäische Rat bzw. die ihn dominierenden Regierungen und nur in zweiter Linie eine Brüsseler Zentraladministration. Im Europäischen Rat wird die neoliberale Politik der EU geformt und beschlossen. Wer dies ändern will, der muss sich mit der hegemonialen und jüngst auch aggressiv-dominanten Rolle einzelner neoliberal ausgerichteter Regierungen, allen voran der deutschen Bundesregierung, auseinandersetzen. Wer ein anderes Europa will, darf daher nicht zuerst gegen Brüsseler Bürokraten, sondern muss primär gegen die politischen Akteure in Berlin vorgehen.

Diese Ausgangsanalyse ist der Hauptgrund, warum die starke EU-Skepsis der Anhänger des Gegenentwurfes zum Europawahlprogramm eben nicht nur überspitzt, sondern sachlich ins Leere läuft. Denn sie lenkt – wenn auch ungewollt – von den Hauptverantwortlichen ab: der deutschen Bundesregierung und der deutschen wirtschaftlichen und politischen Elite. Dies wirft aber auch die Frage auf, inwieweit das Vetorecht einzelner Regierungen im Europäischen Rat nicht zu einer in vielerlei Hinsicht reaktionären europäischen Politik führen muss und durch ein mehr an EU zum Besseren gewendet werden könnte (in diesem Fall durch Übertragung von Kompetenzen an das Europaparlament zu Lasten von Europäischem Rat und nationaler Parlamente).

1.1 Weniger EU ist keineswegs immer gut für Europa

Der Gegenentwurf der EU-Skeptiker zum Europa-Wahlprogramm vermittelt die Botschaft, als hätte die europäische Ebene die heutigen Missstände – Euro-Krise, Bankenkrise, Arbeitslosigkeit, Aufrüstung etc. – wesentlich verschlimmert und eine Erneuerung des europäischen Projektes könne besser durch eine Renationalisierung der Politik erreicht werden. Diese Logik überzeugt nicht, denn wenn es einzelne hegemoniale und dominante Regierungen sind, die die EU-Politik neoliberal ausgestalten, dann klingt es wenig plausibel, von gerade diesen Regierungen auf nationaler Ebene eine bessere Europapolitik zu erwarten. Die Annahme günstigerer »Kampfbedingungen« im nationalstaatlichen Kontext ist kein belastbares Argument. Das heißt nicht, die Wirkung der Proteste von mehreren hunderttausend Menschen in den betroffenen Südländern kleinzureden – auch wenn die politische Linke in Europa geschwächt ist, während rechtspopulistische bis rechtsextreme Strömungen wachsen und im EU-Kernland Frankreich die rechtsextreme »Front National« sich anschickt, zur stärksten Partei zu werden. Je stärker die Widerstandsbewegungen sind, umso größer ist ihr Einfluss auf die Politik der Institutionen der EU. Es erscheint ausgeschlossen, dass eine deutsche Bundesregierung – falls es keine EU-Zuständigkeit für einen Europäischen Binnenmarkt gäbe – eine Außenwirtschaftspolitik machen würde, die es Griechenland, Italien oder Spanien einfacher macht, Waren nach Deutschland einzuführen. Auch in Fragen der Migration wäre Deutschland – siehe CSU und ihre nationalistisch-chauvinistische Kampagne gegen Rumänen und Bulgaren – ohne EU kein bisschen liberaler.

Hoffnungen auf eine bessere Politik ohne EU könnten sich daher bestenfalls Länder machen, in denen es ohne

Axel Troost ist finanzpolitischer Sprecher der Linksfraction im Deutschen Bundestag und stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE.

¹ Alexis Tsipras: Wir Europäer, Rede auf Einladung der Lyndon B. Johnson School of Public Affairs am 4. November in Austin, Texas, auf Deutsch dokumentiert in: *Le Monde Diplomatique* vom 13.12.2013

Druck des europäischen Auslands und der EU-Institutionen Mehrheiten für eine fortschrittliche Politik gäbe.

Von einer deutschen Bundesregierung aber, die heute in der EU hegemonial bis dominant-aggressiv agiert, ist ohne EU keine fortschrittlichere Politik zu erwarten: Der europäische Austeritätskurs folgt auf deutschen Druck den Vorbildern der rot-grünen Agenda 2010 und der schwarz-roten Rente mit 67. Eine Politik für ein soziales Europa muss sich daher zwar auch an der EU und einer Brüsseler Bürokratie, aber vor allem an der deutschen Bundesregierung abarbeiten. Wenn die Wählerinnen und Wähler in Deutschland etwas für ein besseres Europa tun wollen, dann sollten sie bei den Wahlen zum Europäischen Parlament nicht eine EU-skeptische, sondern eine Bundesregierung-Merkel-skeptische Position stärken – und genau diese Position sollte DIE LINKE den Wählerinnen und Wählern in ihrem Wahlprogramm anbieten.

Bei einer Fortschreibung der EU-Skepsis bleibt DIE LINKE stark fokussiert auf Lösungen auf der Ebene der Mitgliedsstaaten und damit prinzipiell in der Logik der Bundesregierung und in der Logik der inneren Abwertung als Ansatz zur Überwindung der Krise. Der Blick auf eine unverzichtbare nationalstaatliche Reformstrategie übersieht, dass nur eine Krisenbearbeitung auf EU-Ebene eine zukunftsfähige Entwicklung eröffnen kann. Denn die Reformen auf Ebene der Mitgliedsländer – so sehr im Einzelfall dort Reformen nötig sein mögen – können keine neue europäische Wirtschaftsstruktur und Arbeitsteilung generieren. Wir brauchen für ganz Europa eine wirtschaftliche und soziale Neuordnung. Die sozialen Einschnitte, die mit einer inneren Abwertung immer verbunden sein werden, vertiefen letztlich die ökonomischen und sozialen Gräben in Europa. Nur eine kluge Integrations- und Entwicklungspolitik schafft gleichwertige ökonomische und soziale Standards.

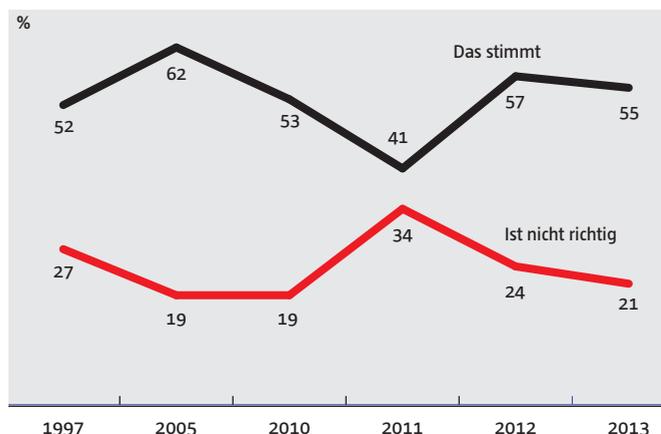
2. Wo stehen die EU und die Eurozone heute?

Die Europäische Kommission behauptet, die Krise in der Eurozone sei ausgestanden, das Vertrauen in Europa wiederhergestellt und das ökonomische Wachstum habe wieder eingesetzt. Die große Unsicherheit, die in den vergangenen Jahren angesichts der denkbaren Folgen eines Zusammenbruchs der Eurozone existierte, sei heute nicht mehr da. Auch Kritiker der Währungsunion wie die US-Ökonomen Kenneth Rogoff oder Barry Eichengreen gehen zu Beginn des Jahres 2014 davon aus, dass die Gefahr eines Scheiterns vorbei sei.

Tatsächlich ist die Krise in Europa aber weder ökonomisch noch politisch ausgestanden. Gerade die deutsche Bundesregierung muss mehr für die Erholung der europäischen Wirtschaften tun und dazu selbst mehr investieren und weniger auf den Export setzen. Deutschland diktiert Europa den falschen Kurs. Sparen allein führt, so auch die Einschätzung der genannten US-Ökonomen, in

Abbildung 1: Zukunft Europa

Frage: »Wenn jemand sagt: »Europa ist unsere Zukunft.« Würden Sie sagen, das stimmt, oder ist das Ihrer Meinung nach nicht richtig?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, FAZ-Umfrage Juli 2013

eine gesellschaftspolitische Sackgasse, weil die Konjunktur dadurch abgewürgt wird.

In der Tat: Zu Jahresbeginn zeichnet sich nach längerer Talfahrt wieder ein zögerlicher wirtschaftlicher Aufschwung des Euroraums ab. Der Internationale Währungsfonds sagt der Währungsunion in diesem Jahr ein Wachstum von 1,0% voraus. 2013 war es noch um 0,4% geschrumpft. EZB-Präsident Mario Draghi warnt dennoch vor allzu hohen Erwartungen an die Konjunkturerholung, denn der Aufschwung sei noch schwach und ungleich verteilt.

Fest steht: Die Folgen der Austeritätspolitik sind für Europas BürgerInnen vor allem in den südlichen Ländern unerträglich. Nach einer Studie der EU-Kommission waren Ende vergangenen Jahres rund 11% aller arbeitsfähigen Europäer ohne Job. Mit 5% liegt auch die Langzeitarbeitslosigkeit auf einem Allzeithoch, doppelt so hoch wie 2008. Besonders Jugendliche sind von Arbeitslosigkeit betroffen: Fast jeder Vierte zwischen 15 und 24 Jahren ist arbeitslos – vor vier Jahren war es nur jeder Siebte. In einzelnen Ländern liegt sie dramatisch höher, es droht insbesondere im Süden eine »verlorene Generation«.

Doch selbst ein Arbeitsplatz bietet keine Garantie gegen Armut. Schuld daran sind Teilzeitstellen und schlecht bezahlte Mini-Jobs. Die Zahl der Teilzeitjobs ist seit 2008 stetig gewachsen. 60% der Teilzeitkräfte würden gerne mehr arbeiten.

Betroffen sind vor allem Menschen in Ost- und Südeuropa, aber auch die ca. 1,3 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland, die neben ihrer Erwerbsarbeit Hartz IV beziehen, zeugen von dieser Entwicklung.

2.1 Wie stehen die BürgerInnen zu Europa und EU?

Offenkundig hat die Krisenpolitik der EU-Gremien, der Troika und der nationalen Regierungen – vor allem Deutschlands – soziale Verwerfungen in Europa nicht verhindert und vielfach überhaupt erst ausgelöst. In der Folge

wachsen bei den BürgerInnen europaweit die Vorbehalte gegen die EU und ihre Strukturen – und das nicht nur bei denen, die unmittelbar hart von der Krise betroffen sind.

Die BürgerInnen in Deutschland stellen der europäischen Krisenpolitik ein verheerend schlechtes Zeugnis aus, so eine Umfrage von Ende 2013. Auch wenn sich die Finanzmärkte zuletzt beruhigt haben und einige Krisenländer wie Irland und Spanien dabei sind, den Euro-Rettungsschirm zu verlassen: Nach einer repräsentativen Umfrage misstrauen 72% der BundesbürgerInnen der Krisenstrategie von Regierungen, EU und Europäischer Zentralbank (EZB). Nur 15% vertrauen Politik und Notenbank. Insbesondere die Niedrigzinspolitik der EZB macht den Menschen zu schaffen. 56% der Befragten machen sich Sorgen um ihre Altersvorsorge.

Deutlich fällt auch das Urteil der Deutschen zur Dezentralisierung in der EU aus. So sagen 50%, dass der nächste Bundeskanzler sich dafür einsetzen sollte, Macht von der EU-Ebene zurückzuholen auf die nationale, regionale oder lokale Ebene. Nur 26% lehnen eine solche Rückübertragung von Zuständigkeiten aus Brüssel ab. 60% setzen sich dafür ein, der Bundestag sollte mehr Macht erhalten, um EU-Gesetze blockieren zu können. 58% sagen, Subventionen in der Landwirtschaft sollten nur auf der nationalen Ebene vergeben werden. 64% wollen die deutschen Beiträge zum EU-Budget senken. Sechs von zehn deutschen

WählerInnen sagen jeweils, dass Gesetze zu Justiz, Datenschutz und Umweltschutz auf nationaler Ebene gemacht werden sollten.

Gleichwohl: Obwohl die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in vielen Ländern der Europäischen Union keineswegs gelöst sind und die Bevölkerung deswegen auch durchaus besorgt ist, nähert sich das Europabild der Deutschen wieder der Situation vor Ausbruch der Krise in Griechenland an. Von einer Alarmstimmung kann keine Rede sein und auch das Ansehen des Euros ist in den Jahren, in denen oft von einer »Euro-Krise« die Rede war, nicht dauerhaft beschädigt worden. Es sieht so aus, als würde dabei vielen Deutschen bewusst, was auf dem Spiel steht, wenn die europäische Integration scheitert. So stimmen 63% der Befragten der Aussage zu: »Trotz aller Schwierigkeiten, die wir zurzeit in Europa haben, gehören wir Europäer letzten Endes zusammen.«

Die Zahlen belegen einerseits, dass die von den EU-Skeptikern in der Partei getragene Einschätzung, eine Renationalisierung der Politik habe ein positives Potenzial, sich auch in breiten Teilen der Bevölkerung findet. Andererseits leitet die Mehrzahl der Befragten daraus keine grundsätzliche Europa-Skepsis oder eine allgemeine Ablehnung der EU ab.

VSA: Rätsel entschlüsseln, Fallen aufdecken



David Harvey
Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln
 Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden
 A. d. Amer. v. Christian Frings
 288 Seiten | € 19.80
 ISBN 978-3-89965-442-4
 Nur wenn wir unser Wissen über die Bewegungen des Kapitals erneuern, können wir wirksam gegen seine Zerstörungskräfte vorgehen.



Harald Klimenta/
 Andreas Fisahn u.a.
Die Freihandelsfalle
 Transatlantische Industriepolitik ohne Bürgerbeteiligung – das TTIP
 AttacBasisTexte 45
 128 Seiten | € 9.00
 ISBN 978-3-89965-592-6
 Bringt Freihandel Wohlstand für alle? Oder überwiegen Lohndumping sowie sinkende Standards und Gestaltungsmöglichkeiten?



Achim Neumann (Hrsg.)
Der Fall SCHLECKER
 Über Knausern, Knüppeln und Kontrollen sowie den Kampf um Respekt & Würde
 Die Insider-Story
 Mit einem Vorwort von Stefanie Nutzenberger und einem Nachwort von Frank Bsirske
 216 Seiten | € 14.80
 ISBN 978-3-89965-594-0



Koray Yılmaz-Günay/
 Freya-Maria Klinger
Realität Einwanderung
 Kommunale Möglichkeiten der Teilhabe, gegen Diskriminierung
 Crashkurs Kommune 9
 120 Seiten | € 7.50
 ISBN 978-3-89965-584-1
 Ziel linker Lokalpolitik ist eine Kultur, die nicht nach Herkunft schaut, sondern auf eine gemeinsame Zukunft ausgerichtet ist.



Felicitas Weck
Linke Kommunalpolitik
 Für Einsteiger_innen und Fortgeschrittene
 Aktualisierte Ausgabe
 Crashkurs Kommune 10
 104 Seiten | € 7.50
 ISBN 978-3-89965-585-8
 Ein theoretischer Input und viele praktische Beispiele, wie linke Ansprüche für eine gerechte Gesellschaft in der Kommunalpolitik umgesetzt werden können.

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de.

www.vsa-verlag.de

2.2 »GroKo« und EU

Die Regierung der Großen Koalition lässt nicht erkennen, dass sie die bisherige Europapolitik ändern will. Mit seinem Auftritt als Außenminister in Griechenland setzte Frank-Walter Steinmeier ein deutliches Zeichen der Kontinuität in der Fortführung des harten Austeritätskurses der schwarz-gelben Vorgängerregierung. Von der früheren sozialdemokratischen Überlegung, auch eine gemeinschaftliche Politik bei der Entschuldung zu verfolgen, ist nichts mehr zu sehen.

In der Auseinandersetzung über die Umsetzung von Wachstumsimpulsen und – wie von gewerkschaftlicher Seite gefordert – eine Art europäischen Marshall-Plan ist die Sozialdemokratie komplett auf die Logik der Neoliberalen eingeschwenkt. Wer in dieser Situation wie Steinmeier die Erfolge der Politik der Agenda 2010 preist, agiert als Krisenbeschleuniger: »Die Krise in Deutschland liegt gut zehn Jahre zurück. Ich weiß, was das bedeutet, in einer solchen Situation dem eigenen Volk die notwendigen Schritte zu erklären.« Gemeint war dieser Zynismus als Ermutigung für eine abgewirtschaftete Koalition von Ministerpräsident Antonis Samaras.

3. LINKE Alternativen für Europa

Der Leitantrag des Parteivorstandes für das Europa-Wahlprogramm enthält viele Elemente, wie eine linke Alternative für Europa aussehen könnte. Ebenso wichtig – und nicht immer gleichrangig im Programm enthalten – ist aber die Frage, wie sich DIE LINKE vor dem Hintergrund dieser Alternativen in den konkreten Auseinandersetzungen in der EU verhalten soll. Im Folgenden sollen daher exemplarisch ein paar Schlüsselfragen aufgegriffen werden.

3.1 Wirtschaftliche Erneuerung der Krisenländer und eine Reform der Währungsunion

In Griechenland ist seit Beginn der Krise ein Viertel der Wirtschaftsleistung weggebrochen. Portugal, Spanien und Italien haben ebenfalls einen deutlichen Rückgang ihres Sozialprodukts erlebt. Angesichts solcher dramatischer Verarmung, die ja bekanntlich die niedrigen Einkommensgruppen immer überproportional trifft, darf DIE LINKE keine Vorbehalte haben, Wirtschaftswachstum in diesen Ländern als ein wichtiges und legitimes Ziel anzustreben. Bei aller richtigen Kritik an einem blinden Wachstumsfetischismus muss allen klar sein, dass sich ohne eine wirtschaftliche Erholung in den Krisenländern keine Verbesserung für die Menschen dort erreichen lässt.

Das in Arbeit befindliche Regierungsprogramm von SYRIZA bemüht sich darum, Voraussetzungen für einen neuen, sozialen und ökologischen Entwicklungspfad für Griechenland zu formulieren. Ich stimme deshalb auch Steffen Lehndorff zu, der darauf verweist, dass eine linke Reformstrategie auf EU-Ebene nur eine Chance hat,



»wenn es konsequente Arbeit an alternativen Entwicklungspfaden in den Krisenländern (und darüber hinaus) gibt. Man wüsste ja gar nicht, wohin die mit Hilfe von Eurobonds, Investitionsfonds u.ä. mobilisierten Mittel sinnvollerweise gehen sollten.«²

Es versteht sich von selbst, dass Wirtschaftswachstum allein kein hinreichendes Mittel für eine Heilung und Überwindung der sozialen und ökonomischen Krise darstellt. Die LINKE muss zusammen mit ihren Partnern in den jeweiligen Krisenländern Konzepte für einen Wiederaufbau voranbringen, der zugleich die Erfordernisse eines sozial-ökologischen Umbaus ernst nimmt.

Diese Konzepte müssen an den nationalen Gegebenheiten ansetzen. Während es für Deutschland um eine Belebung des Binnenmarktes – auch und gerade durch den Ausbau qualitativ hochwertiger Dienstleistungen in Bildung, Gesundheit und Pflege – geht, bedeutet wirtschaftliche Gesundung für Griechenland durchaus den Wieder- oder Neuaufbau funktionierender industrieller Produktions- und Dienstleistungsstrukturen auch für den Export. Der Glaube, Griechenland könne sich alleine mit Inseltourismus und Olivenexporten aus der Krise wirtschaften, ist naiv. Griechenland wie auch Portugal brauchen eine Reindustrialisierung im Rahmen sozial-ökologischer Entwicklungsmodelle ihrer Ökonomien. Ihnen dies mit Verweis auf die ökologischen Folgen wirtschaftlichen Wachstums nicht zuzugestehen, wäre scheinheilig und unsolidarisch. Natürlich muss alles dafür getan werden, dass es möglichst saubere Industrien mit einer möglichst hohen Beschäftigungswirkung sind, die zugleich auch ökologisch vertretbare oder sogar zuträgliche Produkte herstellen.

Der Wiederaufbau der Krisenländer muss mit einer grundlegenden Reform der Währungsunion verknüpft werden, die die einseitige – und für die Beschäftigten in Deutschland und die Ökonomien der Krisenländern gleichermaßen negative – Ausrichtung der deutschen Wirtschaft auf den Export überwinden hilft. Das kann nur durch eine sehr viel stärker koordinierte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik erreicht werden – und das setzt notwendig die grundsätzliche Bereitschaft voraus, nationale Politikspielräume zugunsten gemeinsamer europäischer Ziele zurückzunehmen. Das bedeutet keineswegs, dass eine Verlagerung von Kompetenzen auf die europäische Ebene grundsätzlich etwas Positives ist. Vielmehr ist sie ein notwendiges Übel, dem ein entsprechend großer Beitrag zu einem sozialeren Europa – d.h. Verbesserungen insbesondere für die schlechter gestellten Menschen – gegenüber stehen muss.

Eine vertiefte europäische Koordination von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist aber keineswegs ein Nullsummenspiel, bei dem Deutschland verlieren muss, damit andere Länder etwas bekommen können. Ganz im Gegenteil: Die Unterscheidung von Gewinnern und Verlierern einer Reform der EU und der Eurozone darf nicht entlang nationaler Grenzen, sondern muss entlang sozialer Schichten verlaufen. Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen, Empfänger von Transferleistungen, Schüler und Studierende, Migranten und Flüchtlinge müssen davon überall in Europa profitieren. Wenn in Deutschland die Löhne steigen, nützt das gleichermaßen den ArbeitnehmerInnen in Deutschland und den Beschäftigten der Exportindustrien im Rest Europas, denn dann kann sich die deutsche Bevölkerung mehr Waren aus dem Ausland leisten und die erdrückenden Wettbewerbsvorteile der deutschen Exportindustrie werden durch höhere Lohnkosten etwas abgemildert.

Wesentliche Elemente einer koordinierten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sind schnell zusammengestellt, aber nur schwer politisch durchzusetzen:

- Umverteilung von oben nach unten,
- Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte (d.h. insbesondere der deutschen Exportüberschüsse),
- Schließung von Steuerschlupflöchern und -oasen
- und eine Offensive für öffentliche Investitionen im Allgemeinen und Wiederaufbauprogramme in den Krisenländern im Besonderen, eingebettet in einen sozial-ökologischen Umbau.

Bei den wichtigsten Konzepten, die DIE LINKE umsetzen will, besteht erfreulich viel Einvernehmen. Die Vermögensteuer für Millionäre, eine reformierte Erbschaftsteuer und eine europäische Vermögensabgabe sollen der Umverteilung dienen, durch eine Europäische Ausgleichsunion sollen Handelsungleichgewichte sanktioniert und Wege zur ihrem Ausgleich unterstützt werden. Schließlich sollen Investitionsprogramme (so z.B. das von der

LINKEN entwickelte Zukunfts-Investitionsprogramm für Deutschland und viele jeweils auf die Bedürfnisse der einzelnen Krisenländer zugeschnittene Aufbauprogramme) die Infrastruktur erneuern und den Gemeinwesen dienen.

Ein linker alternativer Entwicklungspfad für Europa kann nur auf einer gemeinsamen sozial-ökologischen Wachstumspolitik basieren, um Europa aus den massiven Spaltungen und Konflikten herauszuführen.

Sofortmaßnahmen

Als Sofortmaßnahme brauchen die ärmsten europäischen BürgerInnen direkte Hilfe, damit sie wieder an eine europäische Zukunft glauben. Gerade Nahrungsmittelhilfen sind aus humanitären Gründen geboten und darüber hinaus politisch wichtig, weil sie zum Beispiel in Griechenland ein wichtiges Instrument der Faschisten sind, um die Opfer der Krise für rechtsextreme Positionen einzunehmen. Deshalb sollten wir zwei europäisch gemeinsam finanzierte Programme fordern:

- zum einen ein umfassendes Programm zur Lebensmittelversorgung für Bedürftige;
- zum anderen einen Sockelbetrag für Arbeitslose, um wenigstens die extremste Armut in den am stärksten betroffenen Ländern zu mildern.

Was den extremen Rückgang von Investitionen betrifft, kann die Europäische Investitionsbank (EIB) in Luxemburg helfen. Mit Hilfe der Europäischen Zentralbank (EZB) könnte sie ein gesamteuropäisches Konjunkturprogramm, einen europäischen »New Deal« finanzieren helfen. Es gibt eine breite Palette von dringenden, sinnvollen, zukunfts wichtigen öffentlichen Investitionsmöglichkeiten (Infrastruktur, Bildung, Gesundheit etc.). Denn infolge der sowohl durch die Krise als auch durch die Austeritätspolitik verursachten Auszehrung der Infrastruktur der meisten OECD-Länder hat sich ein erheblicher Sanierungs- bzw. Nachholbedarf an öffentlichen Investitionen aufgestaut, der gerade jetzt zu befriedigen und »billig« zu finanzieren wäre und besonders starke realwirtschaftliche Effekte hätte.

Höhere Produktivität (Prozessinnovationen), neue Gebrauchswerte (Produktinnovationen) und staatlich initiierte Nachhaltigkeitsprojekte im umfassenden Sinn – von der Energiewende bis zum altersgerechten Wohnungsbau – waren, sind und bleiben sinnvoll, ja dringlich. Dem Privatkapital fehlen seit Jahrzehnten die als hinreichend rentabel eingeschätzten Möglichkeiten, ihre Finanzmittel voll für die Sachkapitalbildung einzusetzen. Deshalb wurde Liquidität gehortet oder floss in die Spekulation. Durch Umverteilung und staatliche Investitionsprogramme muss diese Liquidität abgeschöpft und real investiert werden.

² Steffen Lehndorff, Gewerkschaften, Linke und die Eurokrise, in: DIE LINKE und Europa, realistisch und radikal – das Debattenheft der Sozialistischen Linken Nr. 3, 1. Quartal 2014

Steuerfinanzierte Ausgabenpolitik

Das Scheitern der bisherigen Strategie ist eindeutig: Die interne Abwertung, d.h. die zwangsweise Absenkung von Löhnen und Preisen, hat die Schuldenlast der Haushalte, Unternehmen und Regierungen in den Krisenländern erhöht. Wird gespart, verlieren die Menschen ihre Arbeit, weil die von ihnen hergestellten Produkte niemand kauft. Das Kernproblem einer hartnäckigen Depression in der EU ist also die unzureichende gesellschaftliche Nachfrage.

Die Unternehmen investieren nicht genug in neue Anlagen oder Ausrüstung und sie schaffen daher zu geringes Lohneinkommen oder überhaupt zu wenig Arbeitsplätze. Man kann daher die Alternative zur Konsolidierungspolitik als politische Entscheidung betrachten, über Investitionen den gesellschaftlichen Konsum und damit die Wirtschaft wieder auf Touren zu bringen.

Es geht also um eine steuerfinanzierte Ausgabenpolitik: Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat bereits im Jahr 2012 einen »Marshallplan für Europa« vorgeschlagen, bei dem über einen Zeitraum von zehn Jahren jedes Jahr zusätzliche Investitionen in Höhe von 260 Mrd. Euro (ca. 2% des BIP) getätigt würden. Ein Europäischer Zukunftsfonds würde Anleihen emittieren, die von allen teilnehmenden Mitgliedsstaaten garantiert werden. Das Startkapital für den Fonds käme von einer einmaligen europäischen Vermögensabgabe.

3.2 Eine tragfähige Finanzierung des staatlichen Gemeinwesens und die Frage des Schuldenschnitts

Seit die Europäische Zentralbank im Sommer 2012 erklärt hat, Anleihen kriselnder Eurostaaten notfalls in unbegrenztem Umfang aufzukaufen, hat sich die Lage an den Staatsanleihemärkten deutlich entspannt. Doch nach wie vor zahlen die Staaten der Peripherie deutlich höhere Renditen auf ihre Kredite als die Kernländer. Dies treibt die Spaltung der Eurozone in Gläubiger und Schuldnerstaaten weiter voran. Doch dies ist nur eines der Probleme, die es zu lösen gilt.

Die EU-Staaten haben ihre Haushaltsdefizite inzwischen wieder deutlich reduziert. Doch ihr Kreditbedarf hat sich dadurch nur wenig verringert. Von der Gesamtsumme der jährlich neu aufgenommenen Staatsschulden (»Bruttokreditaufnahme«) wird der Großteil dafür benötigt, auslaufende Kredite durch neue zu ersetzen. Im Jahre 2011 entfielen von der Bruttokreditaufnahme in Deutschland von insgesamt 292 Mrd. Euro nur 12 Mrd. Euro auf zusätzlich aufgenommene Staatsschulden (»Nettokreditaufnahme« bzw. »Nettoneuverschuldung«), wohingegen der allergrößte Teil (280 Mrd. Euro) der aufgenommenen Kredite zur Rückzahlung bestehender Schulden aufgewendet wurde. Durch die regelmäßige Kreditaufnahme zur Ablösung auslaufender Kredite bleiben Staaten den Launen und dem Erpressungspotenzial der Finanzmärkte ausgesetzt, selbst wenn sie netto überhaupt keine neuen Schulden aufnehmen bzw. ausgeglichene Haushalte ausweisen.

Es ist gerade diese Unterscheidung zwischen Brutto- und Nettokreditaufnahme, die hinsichtlich der bekanntlich sehr populären Forderung nach Schuldenschnitten zur Vorsicht mahnt. Wenn ein Schuldenschnitt die finanzielle Lage eines Staates verbessern soll, dann muss die finanzielle Belastung durch Zins und Tilgung nach dem Schuldenschnitt niedriger sein als vor dem Schuldenschnitt. Dazu das folgende Rechenbeispiel:³

Würde die Bundesrepublik bei den derzeitigen Refinanzierungskosten (der Bund zahlt derzeit ca. 1,5% Zinsen auf neu ausgegebene Staatsanleihen) einen Schuldenschnitt von 50% auf ihre Schulden (derzeit ca. 1.300 Mrd. Euro) erklären, so wäre der finanzielle Erfolg eines solchen Schnittes nur gewährleistet, wenn der Bundesfinanzminister für den dann verbleibenden Rest von 650 Mrd. Euro Bundesschuld nicht mehr als 3% Zinsen zahlen muss. Das ist eine hohe Hürde, denn wer wird einem Land, das seinen Gläubigern gerade einen Verlust von 50% ihres geliehenen Geldes zugemutet hat, gleich darauf für 3% erneut Geld leihen? Viel wahrscheinlicher ist es dagegen, dass Deutschland in diesem Fall ohne Bürgschaften anderer Länder überhaupt kein Geld auf dem Kapitalmarkt mehr bekommen würde bzw. dramatisch höhere Zinsen von 15, 20 oder 30% (»Risikoaufschläge«) bezahlen müsste.

Das Beispiel soll zweierlei zeigen: Erstens muss man vor einem Schuldenschnitt genau ausrechnen, ob er die finanzielle Belastung des Staates tatsächlich senkt. Zweitens – und hier ist das Beispiel durchaus auf die europäische Ebene übertragbar – wird wohl niemand davon ausgehen, dass die Zinskosten für die Bundesländer und die Kommunen unverändert bleiben, wenn der Bund seinen Gläubigern einen Schuldenschnitt zumutet. Wer also von einem Schuldenschnitt für Griechenland, Portugal oder Spanien spricht, darf von den höheren Zinsbelastungen für Italien, Frankreich und auch Deutschland nicht schweigen!

Im Sinne der Demokratie, der Unabhängigkeit des Staates von den Finanzmärkten sowie der wirtschaftlichen Stabilität in Europa ist daher eine Debatte um eine Reform der Staatsfinanzierung viel wichtiger als die Durchsetzung eines Schuldenschnitts. Die Kreditaufnahme der einzelnen Euro-Staaten sollte daher erstens durch Euro-Anleihen vergemeinschaftet werden. Dadurch würden sich alle Eurostaaten zu gleichen und relativ günstigen Zinsen verschulden bzw. ihre Umschuldungen vornehmen können. Um Missbrauch zu vermeiden, könnte der Zugang zu Euro-Anleihen an Bedingungen geknüpft werden, ohne dass diese bloß repressiv sein dürfen – beispielsweise an eine Steuersenkungsbremse.

Zweitens müssen Staaten in einem festgelegten Rahmen Zugang zu Krediten der Europäischen Zentralbank erhalten – zu den gleichen Bedingungen wie Geschäftsbanken. Solange diese Direktfinanzierung durch die Europäischen Verträge verwehrt ist, soll eine zwischenge-

Zinsausgaben für Staatsschulden in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Zinsausgabenquote)

Land	Zinsausgabenquote		
	1999	2007	2012
Belgien	6,8	3,9	3,4
Deutschland	3,2	2,8	2,5
Irland	2,3	1,0	3,7
Griechenland	7,4	4,5	5,0
Spanien	3,5	1,6	3,0
Frankreich	3,0	2,7	2,5
Italien	6,6	5,0	5,5
Niederlande	4,3	2,2	1,9
Österreich	3,4	2,7	2,6
Portugal	2,9	2,9	4,4
Finnland	3,0	1,5	1,0

Quelle: Bundesbank, Monatsbericht 9/2013

schaltete Europäische Bank für öffentliche Anleihen dafür in die Bresche springen (d.h. als Bank Zentralbankkredite aufnehmen und direkt an die Staaten weitergeben).

Schuldenbremsen sind aus meiner Sicht als Instrument zur Haushaltskontrolle die falsche Wahl. Da allerdings durch die Änderung des Grundgesetzes in der Bundesrepublik auf nationaler Ebene eine Schuldenbremse und auf der europäischen Ebene der Fiskalpakt existieren, besteht umso mehr die Notwendigkeit, die Staatseinnahmen zu verbessern. Angesichts der wachsenden Schere zwischen Arm und Reich muss es deutliche Einnahmenerhöhungen insbesondere durch folgende Maßnahmen geben:

- Eine einmalige Vermögensabgabe sowie die Wiederbelebung der Vermögensteuer in Deutschland. Auch die anderen Staaten der EU sollen die Besteuerung von hohem Vermögen auf vergleichbar hohem Niveau sicherstellen.
- Mit den dazu bereiten Staaten der Europäischen Union soll Deutschland eine Finanztransaktionssteuer von mindestens 0,1% auf den Handel mit Aktien, Anleihen, Devisen und Derivaten einführen.
- Neben höheren Steuern auf Gewinne und Vermögen muss auch die Steuervermeidung durch Unternehmen sowie Steuerhinterziehung unterbunden werden.

Verglichen mit Schuldenschnitten lassen sich Reiche und Vermögende durch steuerliche Maßnahmen viel gezielter zur Haushaltskonsolidierung heranziehen.

Insgesamt sind die Staaten Europas nicht pauschal überschuldet, ihnen fehlt vor allem der Zugang zu günstigen Finanzierungsquellen. Selbst in Italien und Spanien liegt die Zinsausgabenquote aktuell immer noch unter dem Niveau bei Eintritt in die Währungsunion (siehe Tabelle). Es gibt demnach kein Staatsschulden-, sondern ein Staatsfinanzierungsproblem, dem mit gemeinsamen Euro-Anleihen wirksam begegnet werden kann.

Doch für Einzelfälle braucht Europa auch neue Regeln für den Umgang mit überschuldeten Staaten. Ein inter-

nationales Insolvenzverfahren für Staaten sollte einerseits sicherstellen, dass bei Schuldenkrisen die sozialen Belange der Bevölkerung nicht den Interessen der Gläubiger untergeordnet werden und dass das Gemeinwesen – analog zur Verbraucherinsolvenz – ein »Existenzminimum« zur Sicherstellung seiner sozialen, politischen und wirtschaftlichen Funktionsfähigkeit erhält. Bei Schuldenschnitten sollte ein solches Verfahren zugleich eine nach Verantwortlichkeit und wirtschaftlicher Tragfähigkeit differenzierte Behandlung der Gläubiger ermöglichen: Ein Pensionsfonds, der im Jahr 2000 Staatsanleihen als wertvolle, langfristige Anlage gekauft hat, wäre anders zu behandeln als ein Hedgefonds, der erst 2012 mit erkennbar spekulativen Motiven eingestiegen ist.

Griechenland ist in punkto Verschuldung ein Sonderfall. Zum einen ist durch die Sparpolitik die griechische Wirtschaftsleistung bisher um 23% eingebrochen und infolgedessen der Schuldenstand wieder auf über 170% des Bruttoinlandsprodukts gestiegen. Zum zweiten liegen die Schulden Griechenlands inzwischen zum Großteil in Händen des Euro-Rettungsschirms bzw. der Europäischen Zentralbank, während die von privaten Gläubigern gehaltenen Restschulden seit dem vorhergegangenen Schuldenschnitt vom Euro-Rettungsschirm garantiert werden. Eine Umschuldung – sei es durch verlängerte Laufzeiten oder durch Forderungsverzicht – würde kaum vor den öffentlichen Gläubigern halt machen können. Umso wichtiger, dass diese zuvor darauf bestehen, dass zunächst die reichen griechischen Eliten endlich in angemessenem Umfang zur Sanierung des Staatshaushalts herangezogen werden.

3.3 Eine Neuordnung des Finanzsektors in Europa

Es ist nicht zu bestreiten: In der Finanzmarktregulierung der EU ändert sich etliches. Die Kontrolle wird vereinheitlicht und verschärft, das Eigenkapital angehoben und ein Modus zur Abwicklung maroder Finanzinstitute eingerichtet. Die Abtrennung des Eigenhandels der Banken (Investmentgeschäft) von ihrem eigentlichen Dienstleistungsgeschäft (Kredite und Einlagen) für Unternehmen und Private Haushalte ist umstritten und eine Realisierung nicht absehbar. Zentral ist und bleibt die Forderung der LINKEN, dass die Banken deutlich kleiner und eine große Zahl ihrer bisherigen »Geschäftsmodelle« abgetrennt und untersagt werden müssen. Wenn der EU-Binnenkommissar Michel Barnier gegenwärtig von revolutionären Veränderungen spricht, ist dies eine Märchenerzählung.

Realität wird aber dennoch: Wenn Banken schlecht wirtschaften und dies durch die europäische Aufsicht festgestellt wird, müssen künftig Aktionäre, Gläubiger und auch Sparerinnen und Sparer mit höheren Einlagen dafür aufkommen. Das soll der Regelfall werden, weshalb

³ Bei dieser Rechnung werden die derzeitige und die zukünftige Durchschnittsverzinsung und die Folgen unterschiedlicher Restlaufzeiten im Interesse der Anschaulichkeit nicht berücksichtigt.

auch ein Abwicklungsfonds mit Beiträgen von Banken-
seite eingerichtet wird. Das Einspringen der öffentlichen
Haushalte soll zur Ausnahme werden.

An diesem Punkt widerspricht DIE LINKE allerdings
deutlich: Der Abwicklungsfonds ist viel zu klein angelegt
und für eine sehr lange Übergangszeit werden eben doch
wieder öffentliche Finanzen herangezogen. Gerade hier ist
eine sozialdemokratische Handschrift im neuen Koaliti-
onsvertrag nicht erkennbar. Gefordert hatte die SPD: Es
soll ein Rettungsschirm für Europas Banken aufgespannt
werden, den diese selbst finanzieren sollen. Im ihrem Ban-
kenpapier war eine Ausstattung dieses Rettungsschirms
von rund 150 bis 200 Milliarden Euro angedacht. Jetzt
bleibt ein Volumen von 55 Milliarden Euro übrig und die
Banken haben Jahre Zeit, ihre Abgaben einzuzahlen.

DIE LINKE lehnt das vorliegende Konzept einer euro-
päischen Bankenunion ab. Diese Neuordnung der Ban-
kenlandschaft wird im Laufe der nächsten Jahre aber ge-
sellschaftliche Realität – insofern lohnt ein tiefergehender
Blick auf diese »Reform« und die Anerkennung der Tatsa-
che, dass sie in einzelnen Bereichen in die richtige Rich-
tung zielt.

Die massiven Finanzhilfen für den Bankensektor im
Verlauf der Finanzkrise seit 2008 haben einen drohenden
Zusammenbruch des Finanzsystems verhindert. Die Län-
der der EU haben in der Finanzkrise mit Bürgschaften
und Finanzbeihilfen einen Finanzrahmen von 5,1 Billi-
onen Euro oder 40% des europäischen Bruttoinlandpro-
dukts gezimmert, um die Banken zu retten. Rund ein Drit-
tel dieser Mittel wurde tatsächlich beansprucht, ein guter
Teil davon wird in der Endabrechnung bei der Steuerzah-
lerin und dem Steuerzahler hängenbleiben.

Die bisher vorgestellten Modelle zur Bankensanierung sind keine Lösung

Sollte es in der Zukunft also zu einer systemischen Ban-
kenkrise mit drohenden Zusammenbrüchen europä-
ischer Großbanken kommen, so werden die damit ein-
hergehenden Verluste sicher nicht nur an Aktionären,
Gläubigern, Einlegern und dem Abwicklungsfonds hän-
gen bleiben, weil die Verluste dafür schlicht zu groß sind.
Entscheidender wird daher die Frage sein, ob die dro-
henden Verluste die Aktionäre, Gläubiger und Einleger
dazu bewegen, sich lieber bei Banken mit einem nied-
rigeren Risikoprofil zu engagieren bzw. Großbanken für
Aktionäre und An- und Einleger schlicht unattraktiv wer-
den. Wenn dies der Fall ist, hat das Abwicklungsregime
tatsächlich etwas bewirkt. Es bleibt aber trotzdem Skep-
sis angebracht, weil Menschen nicht aus etwas lernen,
was vielleicht und in der Zukunft passieren könnte, son-
dern bestenfalls aus dem, was ihnen bereits passiert ist.
Insofern wirkt das Abwicklungsregime wohl erst bei der
übernächsten systemischen Finanzkrise, nachdem die In-
vestoren und Gläubiger in der nächsten ordentlich geblu-
tet haben. Wem dieser Zeitraum zu lange ist, dem ha-



Karikatur: Economist

ben wir als LINKE eine klare Alternative anzubieten: Statt
auf mögliche Lernerfolge in einer weit entfernten Zukunft
zu warten, muss den Großbanken bzw. ihrem Geschäfts-
modell schon vorher der Garaus gemacht werden. Genau
das ist Gegenstand unserer Vorschläge für eine Vergesell-
schaftung des Bankensektors.⁴

Die im Aufbau begriffene Bankenunion soll verhin-
dern, dass marode Banken den schuldengeplagten Nati-
onalstaat in Geiselschaft nehmen und umgekehrt. Es ist ein
Fortschritt, dass künftig die Europäische Zentralbank die
wichtigsten europäischen Banken überwacht und jene, die
den Ansprüchen nicht genügen, einer Abwicklungsinstanz
übergeben kann. Wenn aber im Abwicklungsfall durch das
»bail-in« Aktionäre und Gläubiger nur unzureichend zur
Deckung der Abwicklungskosten zur Kasse gebeten wer-
den können, rollt die Verhinderung von Bankenzusam-
menbrüchen weiter auf die öffentlichen Haushalte und
damit auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu.

In den bisher vorgelegten Regelungen ist eine gemein-
schaftliche Haftung aller Staaten im Falle der Abwicklung
von Finanzinstituten nicht vorgesehen. Bankenabwick-
lungen dürften deshalb auch künftig nationalstaatliche
Angelegenheiten bleiben – umso mehr, als Banken in der
Finanzierung »ihres« Landes eine wichtige Rolle spielen.
72% der deutschen Staatsanleihen, die von europäischen
Banken gehalten werden, stehen in den Büchern deut-
scher Banken. Im Falle Frankreichs und der Niederlande
liegt der Anteil nationaler Staatsanleihen bei 67%, in der
Peripherie ist der Anteil noch höher. Die faktische Allianz
zwischen Nationalstaaten und Banken ist ungebrochen.

Die Sanierung des Bankensystems ist – neben der Be-
kämpfung der depressiven Abwärtsspiralen und Stagna-
tion in einigen Ländern – eines der dringendsten Pro-
bleme in Europa geworden. Von dem ordnungspolitischen
Grundsatz im Kapitalismus – nicht der Staat soll wan-
kende Banken stützen, sondern die privaten Investoren –
ist die Bankenunion weit entfernt. Für eine Erholung der
Euro-Krisenländer ist aber die Finanzierung von Inves-
titionen der privaten Unternehmen von entscheidender
Bedeutung. Solange wegen der ungelösten Bankenkrise in

den Krisenländern die Kreditklemme nicht überwunden wird, bleibt die Erholung der Wirtschaft eine Illusion.

Die Einigung auf ein wirkliches Bankenrestrukturierungsprogramm ist daher ein erster und wichtiger Schritt. Und die Restrukturierung von Banken wird – gerade weil Großbanken nun mal leider »too big to fail« sind und daher notfalls verstaatlicht werden müssen – Steuergeld kosten. Es ist den WählerInnen gegenüber unaufrichtig, so zu tun, als könne man die bösen maroden Banken einfach sich selbst überlassen und die gute Realwirtschaft mache einfach ohne Banken weiter. Wirtschaftliche Erholung braucht Investitionen von Unternehmen und Investitionen müssen nun mal finanziert werden.

Diese Einsicht ist innerhalb der LINKEN aber nicht Konsens. So formuliert Sahra Wagenknecht weitgehend eine andere Sichtweise. Sie hält die Stützung von Banken grundsätzlich für nicht notwendig und erteilt der Bankenunion eine pauschale Absage: In der jüngsten Parlamentsdebatte über die Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel sagte sie: »Gemäß Koalitionsvertrag sollen in Zukunft öffentliche Gelder aus dem sogenannten europäischen Rettungsschirm ESM sogar direkt in die Banken fließen können. Das ist Wahlbetrug... Bevor die Eigentümer und Gläubiger auch nur mit einem Euro haften müssen, können weiterhin Milliarden der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in die Banken fließen. Eine Katastrophe in Anbetracht der riesigen Summe von aktuell rund 1.000 Milliarden Euro an faulen Krediten in den Bilanzen der Banken in der Eurozone... Im Gegensatz zur Unaufrichtigkeit der anderen Parteien hat DIE LINKE eine klare Position: Nein zur Bankenunion.«

Es ist richtig, dass wir die Bankenunion in ihrer jetzigen Form ablehnen, denn sie lässt viel zu viele Fragen offen, aber wir müssen öfter deutlich machen, dass wir brauchbare Alternativen entwickelt haben und nicht beim Neinsagen stehen bleiben.

DIE LINKE steht für eine grundlegende Neuordnung des europäischen Banken- und Finanzsektors: Die Aufgaben und Funktionen müssen neu gefasst werden. Die Teile des Investmentbankings, bei denen ohne Nutzen für die Realwirtschaft mit vielen Risiken auf den Finanzmärkten spekuliert wird, um hohe Renditen zu erzielen, sind als Geschäftsfeld abzuwickeln. DIE LINKE fordert die Einführung eines Finanz-TÜV, der die Geschäftspraktiken der Finanzbranche und sämtliche angebotene Finanzprodukte prüfen und vor der Einführung genehmigen muss. Die geltenden Eigenkapitalquoten für Banken (Basel III) müssen deutlich erhöht werden.

Aber obgleich DIE LINKE die gegenwärtig umgesetzte Bankenunion ablehnt, können wir uns angesichts der weltweiten Vernetzungen der Finanzinstitute vernünftigen europaweiten Regelungen zur Beaufsichtigung und

Abwicklung von Großbanken sowie einer gemeinsamen – die nationalen Besonderheiten berücksichtigenden – Einlagensicherung nicht verschließen.

4. Ausblick: Die politische Linke in Europa muss lernen, »europäisch« zu denken

Nur auf Grundlage einer gemeinsamen sozial-ökologischen Wachstumspolitik kann Europa aus den massiven Spaltungen und Konflikten herausfinden. Der Abbau der Leistungsbilanzüberschüsse und die Ausweitung der Binnenökonomie in den Kernländern sind unverzichtbare Beiträge zur Stabilisierung der EU. Notwendig ist eine Reform, die statt auf einer Säule – der Geld- und Währungspolitik – auf drei weiteren Säulen aufbaut:

- einer gemeinsamen Fiskalpolitik, die von oben nach unten umverteilt,
- einer Wirtschaftspolitik, die mit öffentlichen Investitionsprogrammen Europa sozial und ökologisch erneuert,
- und einer Sozialpolitik, die Armut beseitigt und Entwicklungschancen schafft.

Ganz praktisch bedeutet dies, gemeinsam mit Fachleuten aus den Krisenländern Konzepte zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und Umbau in der EU zu erarbeiten. In regelmäßig tagenden internationalen Arbeitsgruppen könnten wir dazu über linke Parteien hinaus auch Gewerkschaften, Betriebsräte internationaler Unternehmen und ÖkonomInnen zusammenbringen.

All das wird Kraft kosten, denn trotz gemeinsamer ideeller Wurzeln liegen linke Positionen in Europa noch weit auseinander. Eine besondere Schwäche der Linken in Europa ist es, dass die Kritik an der herrschenden Politik in den meisten Ländern deutlich stärker entwickelt ist als die Erarbeitung von Alternativen. Es wäre ein wichtiger Schritt nach vorn, wenn es der europäischen Linken gelänge, länderübergreifend solche Schwächen offen anzusprechen, damit sie schneller überwunden werden können.

Ich meine, dass wir bei aller kritischen oder skeptischen Haltung gegenüber der EU im Europäischen Parlament die mit Abstand wertvollste Säule der Europäischen Union sehen und es darum gehen muss, die politische Rolle des Parlaments zu stärken. Eine starke europäische Linke kann ein Faktor der wirtschaftlichen und sozialen Erneuerung sein. Ein Zurück zum Nationalstaat ist keine Perspektive – weder zur Ad-hoc-Krisenbekämpfung noch für einen wirklichen sozial-ökologischen Gesellschaftsumbau.

⁴ Das genaue Konzept findet sich in: Bundestagsfraktion DIE LINKE: »Den Bankensektor neu ordnen – und mit der Vergesellschaftung beginnen«, August 2010, <http://dokumente.linksfraktion.net/download/100906-bankensektora5-gesamt.pdf>

Impressum: Sozialismus wird herausgegeben von Heinz Bierbaum, Joachim Bischoff, Klaus Bullan, Frank Deppe, Otto König, Sybille Stamm, Michael Wendl und SOST e.V. Redaktion: Richard Detje, Christoph Lieber, Bernhard Müller, Bernhard Sander, Gerd Siebecke, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, Tel. 040/28 09 52 77-40, redaktion@sozialismus.de | www.sozialismus.de | Sozialismus erscheint 11 x jährlich | Abonnement € 62,- | Ausland € 86,- inkl. Porto | Ermäßigt € 44,- | © 2014 Sozialistische Studiengruppe e.V.

Probelesen



Wenn bereits dieser Beitrag Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus die richtige Zeitschrift für Sie ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50) oder unter www.Sozialismus.de.

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 62,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie Roth Jünke SolÖk

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 44,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie Roth Jünke SolÖk

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 10,-/Ausland € 15,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

